

Werbung



Stand: 15.12.13 **AnlageSparen**  
Variabler Zinssatz bis zu 1 %\*  
\*Staffelzins ab 1 € 0,8 %, ab 50.000 € 1 %

## Ministerpräsident lobt sein Niedersachsen



LANDKREIS. Den Niedersachsen geht es gut – das ist die Botschaft, die Ministerpräsident Weil beim Neujahrsempfang der IHK in Stade präsentierte.

Gleichwohl warnte der Sozialdemokrat am Mittwoch vor zu großer Zufriedenheit, denn insbesondere der Fachkräftemangel könnte sich zu einem zentralen Problem im Lande entwickeln. Weil: „Mittelfristig ist der Fachkräftebedarf das größte Risiko für das Wachstum.“

Selten war die Stimmung beim Neujahrsempfang der IHK Stade besser als gestern, denn bei dem traditionellen Treffen von Wirtschaft, Verwaltung und Politik gab es unter den 900 Gästen kaum hörbare Klagen zur Lage der Region. Einzig Lothar Geißler, Präsident der Industrie- und Handelskammer (IHK), überraschte mit deutlichen Worten an die Regierenden. Die Vereinbarungen der Großen Koalition in Berlin, gepaart mit den Vorhaben der rot-grünen Landesregierung, ließen aber kaum Spielraum für das übliche Lamentieren beim Stelldichein im Foyer des Stadeums – der IHK-Empfang ist das größte Netzwerktreffen der Region, neue Ministerpräsidenten sind stets die obligatorischen Hauptredner.

Ministerpräsident Stephan Weil mochte und konnte die gute Stimmung nicht trüben: „2013 war für die niedersächsische Wirtschaft ein gutes Jahr“, sagte der Nachfolger von David McAllister. Die Arbeitslosenquote lag mit 6,5 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt, und mit Blick auf das Jahr 2014 sehen laut Konjunkturumfrage der IHK 89 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage gut oder zumindest befriedigend. „Wir stehen gut da und können von einem vernünftigen Ausgangspunkt aus weiter wirken.“

Die zentralen Verkehrsprojekte der Region sind nach Ansicht von Stephan Weil ganz oben auf der Agenda: Das gelte für die Fertigstellung der A26 ebenso wie für die Planung der A20. Das zentrale Problem des Landes sei die Bildungspolitik, insbesondere die Qualifizierung der Berufsausbildung mit Blick auf den künftigen Fachkräftemangel. Mittelfristig würde die Zahl der Schulabgänger um ein Fünftel sinken und gleichzeitig würde ein Fünftel der Auszubildenden seine Verträge nicht beenden. Weil: „Das bedeutet ein vertanes Investment an Zeit, Kraft und Geld für die jeweiligen jungen Menschen ebenso

wie für die ausbildenden Betriebe.“

Für Weil sind die Schlussfolgerungen klar: Mehr Qualität in der Bildung. Stephan Weil skizzierte die Aufgabenstellung mit den Worten des CDU-Politikers Bosbach: „Wer nichts im Boden hat, muss was in der Birne haben.“

Nicht ganz so freundliche Worte für den Ministerpräsidenten gab es von Lothar Geißler. Der IHK-Präsident zeigte sich zwar auch über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen erfreut, kritisierte aber die Finanzpolitik des Bundes und des Landes. Eine deutliche Erhöhung der Staatsausgaben, mit dem Vertrauen auf eine gute Konjunktur, sei „ein halbherziges Prinzip Hoffnung.“ Geißler zitierte die Wirtschaftswoche: „Die neue Regierung südeuropäisiert Deutschland: Rente mit 63 – wie in Griechenland. Mindestlohn in Höhe von 60 Prozent des mittleren Lohns – in Frankreich der Hauptgrund der Jobmisere und steigende Strompreise – in Italien seit Jahren eine Bremse für den Industriestandort.“ Geißler: „Neue Ansätze zum Bürokratieabbau oder zur Vereinfachung des Steuerrechts oder anderer Gesetze suchen wir vergebens. Ganz im Gegenteil – zahlreiche neue Regulierungen werden die Bürokratie deutlich erhöhen.“ Laut Geißler würden die Industrie- und Handelskammern den Koalitionsvertrag so bewerten: „Gefährlicher Mix – trotz einiger guter Zutaten.“

Regional bemängelte der IHK-Präsident, der im nächsten Jahr ausscheiden wird, auch die Finanzpolitik der Kommunen: Im vergangenen Jahr hätten im Kammerbezirk 30 Kommunen ihre Gewerbesteuer erhöht, nur drei Gemeinden haben sie gesenkt. Geißler: „Auch für 2014 sind bereits Gewerbesteuererhöhungen angekündigt. Diese Entwicklung können wir nur verurteilen, die Attraktivität unseres Elbe-Weser-Raums wird so nicht erhöht.“

Problematisch ist für Geißler auch die Situation der Grundschulen: Nach dem „Schulatlas“ der IHK sei jede zweite Grundschule im Bezirk durch die sinkenden Schülerzahlen in ihrem Bestand gefährdet oder müsste nach den Richtlinien des Landes geschlossen werden. Nur kurz danach werde es die Hauptschulen und die Berufsschulversorgung tangieren. Bei diesem Thema vermisse er ein entschlossenes Handeln der Landesregierung. Der eingeschlagene Weg zu einem klaren zweigliedrigen Schulsystem sei in einer ländlichen Region der einzige vernünftige Weg.

Der angesprochene Ministerpräsident gestand die Problemlage zu, konterte aber: „Wir wollen in dieser Legislaturperiode flächendeckend in Niedersachsen ein System von Ganztagschulen einführen und zwar Ganztagschulen auf einem guten Niveau.“ Um dies zu erreichen, sei die Landesregierung bereit, auch manche kritische Diskussion in Kauf zu nehmen, wie beispielsweise die leichte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrer. Weil: „Bislang ist diese Unterrichtsverpflichtung deutschlandweit besonders niedrig, künftig wird sie sich immer noch im unteren Mittelfeld bewegen.“ Kritik erntete er dafür nicht, am Ende gab es braven Beifall für seine gut 35-minütige Rede.

TAGEBLATT TV sendet vom Jahresempfang eine Sondersendung mit einer Umfrage der IHK-Gäste zu den Erwartungen an die Große Koalition:  
[www.tageblatt.de](http://www.tageblatt.de).